Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode, 1991-1992

25.05.1993 - Drucksache 13/571

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/571
25. 05. 93

Antrag der Fraktion der CDU

Bekämpfung der Scientology-Organisation

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) betrachtet mit Sorge die verstärkten Aktivitäten der Scientology-Organisation.

Die Bürgerschaft (Landtag) bewertet die Scientology nicht als eine Religionsgemeinschaft, sondern als eine allein auf Profit und Macht gerichtete Organisation, die ihre wahren Ziele unter dem Deckmantel der Religionsausübung zu verschleiern versucht.

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt

1.1 die Mißachtung der vom Grundgesetz vorgegebenen Recht- und Werteordnung durch Scientology,

1.2 die Arbeitsmethoden der Scientologie-Organisation, die zu psychischer und finanzieller Abhängigkeit von Menschen führen,

1.3 Die Überwachung ihrer Mitglieder durch einen organisationseigenen Geheimdienst,

1.4 Die Einstufung und Behandlung von Kritikern und Gegnern der Scientology als „unterdrückerische Personen",

1.5 die Unterwanderung und Beeinflussung von Wirtschaftsunternehmen durch die Scientology-Organisation.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt

2.1 Entscheidungen von Landesregierungen, die Scientologie-Organisation hinsichtlich der von ihr ausgehenden Gefahren für die Demokratie vom Verfassungsschutz prüfen zu lassen,

2.2 die von Bund und Ländern beschlossene Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe,

2.3 die von Bund und Ländern beschlossene Einrichtung einer bundeszentralen Dokumentationsstelle.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert Bundesregierung und Senat auf, darauf hinzuwirken,

3.1 daß die Ermittlungsbehörden regelmäßig Erkenntnisse über Aktivitäten und Methoden der Scientologie-Organisation sammeln, auswerten und weitergeben,

3.2 daß den Industrie- und Handelskammern Informationsmaterial zur Verfügung gestellt wird, um Firmen und Betriebe vor einer Unterwanderung durch die Scientology-Organisation, insbesondere hinsichtlich deren Angebote von Management, Schulung und Werbung, zu schützen,

3.3 daß die Städte und Gemeinden ebenso umfassend informiert werden,

3.4 daß mit einer kontinuierlichen breiten Öffentlichkeitsarbeit dem Expansionsdrang der Scientology-Organisationen entgegengewirkt wird,

3.5 daß keine Geschäfte jeglicher Art mit Scientology-Organisationen betrieben werden,

3.6 daß Scientology-Organisationen keine Gemeinnützigkeit zuerkannt wird.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat außerdem auf, einen Beauftragten zu benennen, der alle die Scientology-Organisation betreffenden Aktivitäten der verschiedenen Ressorts koordiniert und bei dem von interessierten Gruppen und Personen umfassende Informationen abgerufen werden können.

5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Empfehlung des Europarates vom Februar 1992, die die Verabschiedung eines Maßnahmenkataloges gegen Sekten von den Mitgliedsstaaten des Europarates anregt und die Resolution des europäischen Parlamentes vom Mai 1984, die ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft im Hinblick auf verschiedene Rechtsverletzungen neuerer Organisationen, welche im Schutz der Religionsfreiheit arbeiten, vorsieht, in Deutschland umzusetzen.

6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat, die Stadtgemeinden, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Schulen, Einrichtungen der Jugendhilfe, Unternehmen sowie alle relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen dazu auf, geeignete Initiativen zu ergreifen mit dem Ziel, den Mißbrauch von Menschen zum Zweck des Machtzuwachses und der Profitmaximierung der Scientology-Organisationen zu stoppen.

Eckhoff, Silke Striezel, Kudella und Fraktion der CDU

Druck: Anker-Druck Bremen